

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für auswärts 0,40 R.-M. Die Restansätze im Anschlag an reaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M. für auswärts 2,50 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung durch Boten und Hause monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,45 R.-M. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Streifenabhebungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., auswärts Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27951—27953 • Teleg.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060  
Abbestellungs-Einstellungen eines Abbestellers werden weder zurückgefordert noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Druckstörung oder Streik haben unsere Leserschaft keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Antrags

Nr. 180

Mittwoch, 3. August 1932

40. Jahrgang

## Die Untersuchung der Königsberger Mordanschläge

Tod des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Seipel — Der Reichskanzler fordert ein Oberhaus in Deutschland

### Die Zukunft des Kabinetts v. Papen

In parteipolitischen Kreisen ist geltend zu machen, dass die Wahlergebnisse der Reichstagswahlen im Hinblick auf die Entwicklung in Deutschland zu erkennen. Nach alter Gewohnheit werden sämtliche parlamentarischen „Möglichkeiten“ durchgezogen. Diese parlamentarischen Möglichkeiten sind ebenso unerschöpfbar wie ungelöst. Man nehme an, dass jetzt etwa wieder eine Kern parlamentarischer Tätigkeit im Fall der Vorbrückungs-Kerna beginnen werde, ist doch ein Zeichen ziemlich großer politischer Reife. Ebenso möglich war das Kabinettskrisen, ob das Reichskabinetts mit dem Wahlergebnis „auf Frieden“ sein könne oder nicht. In einem Berliner Vorkabine erschienen geltend eine Kabinettskrisen, in der die verschiedenen Parteienführer dargestellt wurden, wie sie mit rauchenden Köpfen rings um einen Tisch sitzen und Wahlergebnisse berechnen. „Kaffen Sie das Rechen, meine Herren! Die Weltgeschichte läßt sich nicht ausrechnen.“

Die Reichsregierung hat nunmehr dem Verumrunden und Aufstellen ein ziemlich reiches Ende bereitet durch ein Interview, das der Reichskanzler dem Berliner Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press gewährte. In diesem Interview erklärte der Kanzler nicht zu übersehender Deutlichkeit, daß die Regierung gar nicht daran denkt, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstag zu bemühen und sich von dieser Koalition abhängig zu machen. Sie will vielmehr vor den neuernannten Reichstag treten und ihm erklären: Hier sind wir. Das planen wir. Nun entscheidet ihr, ob ihr uns folgen wollt oder nicht. Schon aus den letzten Erklärungen der Regierung vor der Wahl konnte man entnehmen, daß das Kabinettskrisen eine Beeinflussung seiner Stellung durch den Wahlergebnis nicht glaubte. Das neue Kabinettskrisen zeigt, daß der 31. Juli nach Ansicht der Regierung die Aufstellung befristet hat. Die Regierung glaubt nicht an die Arbeitsfähigkeit des neuen Reichstags und ist der Ansicht, daß die gegenwärtigen Aufgaben, die uns bevorstehen, durch ein radikalisiertes Parlament abhängiges Reichskabinetts nicht gelöst werden können.

Der Kanzler sieht, wie aus dem Interview hervorgeht, den Sinn der Wahlen darin, daß das deutsche Volk die Verteilung von der Parteienkontrolle wünscht. In dieser Auffassung begnügt er sich auch mit Kreisen, die dem neuen Kabinettskrisen lerner stehen und es speziell betrachten. Zweifellos haben viele ehemals bürgerliche Wähler hauptsächlich bedungen die nationalsozialistische gewählt, um durch diese Stimmabgabe gegen das parteipolitische System der letzten acht Jahre zu demonstrieren. Man erzieht aber Deutschland nicht von Parteien herrscht, indem man eine neue Parteiherrschaft oder sogar eine Diktatur einer einzelnen Partei errichtet.

Keine Partei hat im neuen Reichstag für sich allein eine Mehrheit. Jedes braucht dazu die Hilfe anderer Gruppen. Der Wahlkampf hat die Parteien aber so weit auseinandergebracht, daß eine Mehrheitsbildung zur Zeit fast unmöglich erscheint und auf jeden Fall nur das Resultat ziemlich langwieriger Bemühungen sein kann. Deutschland kann aber nicht warten. „Urgendwile“, um das berühmte Wort Luther zu gebrauchen, „muss regiert werden.“ In dieser Richtung blicken sich die Überlegungen der Reichsregierung bewegen: die Regierung denkt im Sinne zu bleiben und gleichzeitig, wie aus einer anderen Stelle des heutigen Interviews hervorgeht, den Versuch zu machen, sowohl Zentrum wie Nationalsozialisten zur Mitarbeit heranzuziehen. Ob das allerdings möglich sein wird, ist sehr fraglich.

Was in allem läßt sich das Ziel der Regierung vielleicht am besten und klarsten auf folgenden Renner bringen: Fortsetzung einer an seine Parteien gebundenen Regierung, die durch eine Koalition von Nationalsozialisten bis zum Zentrum im Reichstag kontrolliert wird, ohne daß diese parteipolitische Koalition ausschlaggebenden Einfluss auf die Ergebnisse gewinnt. In dieser Politik liegt zweifellos ein gesunder Kern. Die Aufgabe des Parlamentarismus ist es ja nicht, zu regieren, sondern nur zu kontrollieren. Und eine Stärkung der Exekutive braucht

Deutschland angesichts der schweren herausfordernden außenpolitischen Entscheidungen und der Hochspannung im Innern (vgl. die Vorgänge in Königsberg) ebenso notwendig wie das tägliche Brot. Nicht Parteien halten den Staat in der Notzeit zusammen, sondern der Wille, die Kraft und das Können einer energiegeladen Exekutive. Alle Terroristen, alle Unruhstifter, alle politischen Mörder und Attentäter müssen die Exekutive eines starken Staates und einer geliebten Regierungsdiktatur wieder zu fähigen beginnen und jedem Bürger muß das verneinte Recht politischer Betätigung wieder sehr energisch eingeprägt werden: der Staat kommt vor der Partei und nicht umgekehrt.

Wird das jetzige Reichskabinetts in der Lage sein, dieses Programm durchzuführen? Wird es Verhältnisse und Mitarbeit im neuen Reichstag finden? Die Zentrumspresse verhält sich bisher außerordentlich kühl. Tagungen schreibt die parteipolitische Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei heute: „Der Wille der Nation hat die nationalsozialistische eine wichtige Rolle bei der zukünftigen Regierungsbildung anzuweisen. Er hat sich aber ebenso klar und deutlich dafür ausgesprochen, daß das deutsche Volk nicht daran denkt, alle Macht an Hitler zu überantworten. Für die nationalsozialistische Bewegung ist somit die Stunde gekommen, sich einzufinden und einzuordnen und damit ihren Traum auf eine Parteidiktatur preiszugeben. Nur dann besteht die Aussicht, daß die Kräfte der unerschütterlichen Mitte für eine Mehrheitsbildung im neuen Reichstag gewonnen werden können.“ Die Nationalsozialisten aber melden in ihren Zeitungen den Anspruch auf starke Mitwirkung nicht nur an der Kontrolle, sondern auch an der Exekutive an. Dabei wird in ihrer Presse ausdrücklich der Rücktritt des jetzigen Innenministers Freiserrn v. Gupf und seine Ersetzung durch einen Nationalsozialisten verlangt.

Die Durchführung der übrigen Pläne des Kabinetts, die der Kanzler in seinem Amerika-Interview kurz andeutete, hängt natürlich davon ab, ob es gelingt, das Kabinettskrisen am Kuben zu erhalten und ihm jene innere und äußere Autorität zu verschaffen, die allein seine Weiterentwicklung möglich machen und rechtfertigen kann. Entscheidend ist es — um einige Einzelheiten zu erwähnen —, daß der Kanzler sich gegen die Träume von einer Aukartie wandle, von größerer Bedeutung die Tatsache, daß die Regierung (scheinbar sehr weitgehende Verfassungsänderungen vorhat. Dazu gehört vor allem die Abschaffung der Einkommensteuer und die Einführung einer zweiten Kammer, eines Oberhauses. Diese Forderung ist ja bekanntlich bereits in der Theorie von sehr vielen Seiten sowohl von der Rechten als auch der Linken erhoben worden. Eine solche zweite Kammer ist ja keine Verletzung der Demokratie, wie das Beispiel der bedeutendsten demokratischen Länder beweist, die alle über ein Oberhaus verfügen. Von vorantworflicher Regierungsseite wird aber der Plan eines solchen Oberhauses oder Senats zum ersten Male in die Öffentlichkeit gebracht. Die Reichsregierung steht also voller Pläne und Ideen. Sie hat den Willen, Probleme anzupacken, die aus so lange Steingebirgen sind. Ob sie die Kraft hat, diese Probleme zu lösen, kann nur die Zukunft entscheiden. In der Geschichte spricht der Erfolg stets das letzte Wort.

Th. Seb.

### Forderung der Bayerischen Volkspartei

München, 2. August

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäfer, erklärt eine Rundgebung, in der es u. a. heißt: „Mit Erfolg und Bekämpfung hat die Bayerische Volkspartei auf den 31. Juli 1932 zurück. Der Volkswille hat gesprochen. Wir wollen, daß dieser Volkswille geachtet wird. Er hat Adolf Hitler nicht zur Diktatur ermächtigt, aber auf die Verantwortung zum sich einordnenden Dienst an Recht und Verfassung hingewiesen. Die Regierung sieht es für notwendig, den Volkswillen zu hören. Wir erwarten, daß die Regierung das Wort des Volkswillens vollzieht.“

### Die Vorgänge in Königsberg

Telegramm unseres Korrespondenten

Fr. Königsberg i. Pr., 2. August

Die Attentate, die am gestrigen Montag auf eine Reihe von Königsberger Persönlichkeiten verübt wurden und die die Königsberger Bevölkerung bestürzt haben, sind nicht rechtslos aufgeföhrt worden. Eine ganze Reihe von Gerüchten durchschwirrt am gestrigen Nachmittag die Stadt, jedoch ist von der Polizei und den untersuchenden politischen Organen noch keine offizielle Mitteilung in die Öffentlichkeit gegangen. Der amtliche Polizeibericht meldet nur von weiteren Unruhen kleinerer Art am gestrigen Nachmittag. So wurden in einer Reihe von Geschäften Käufers einige Fensterheben zertrümmert. Die Täter konnten sofort ermittelt und in Polizeigewahrsam gebracht werden. In der Nacht zum Dienstag kam es zu kleineren Schlägereien. Zur Verhütung und Milderung der Königsberger Schmutzpolizei ist eine Anzahl ausgebildeter Schupo-Männer der Polizeihauptkammer nach Königsberg geschickt worden. Das Amt, das in der übrigen Provinz die zahlreichen Feuerwehralarmierungen vornahm, konnte unterdessen ermittelt werden. Der Befehl gibt an, sein Amt an Unbekannte vermietet zu haben. Eine ganze Anzahl jüdischer Kaufleute hat Trostbriefe mit der Ankündigung von Uebertreten auf ihre Betriebe erhalten.

### Die Täter verweigern die Aussage

B. Berlin, 2. August. (Eigener Drahtbericht)

In den Königsberger Vorgängen wird vom preussischen Innenministerium mit allem Nachdruck betont, daß nach den letzten Meldungen aus Königsberg dort absolute Ruhe herrscht. Die Polizei ist durchaus Herr der Lage. Gestern nachmittag wurde eine größere Kuffage Flugblätter, in denen zum Massenstreik aufgerufen wurde, beschlagnahmt. Im übrigen ist die Königsberger Polizei durch Gerüchte über angebliche Polizeiverstärkungen verunsichert worden. Es sind in größerer Anzahl Polizeifreien unterwegs. Die einzelnen Freieren sind nur noch mit wenigen Beamten besetzt. Neuer und vom Regierungspräsidenten besondere Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erlassen worden.

### Eine nationalsozialistische Erklärung

Berlin, 2. August

Die Nationalsozialistische Partei hat durch die Gauleitung Chorenken zu den Vorfällen in Königsberg eine Erklärung veröffentlicht, die gleichzeitig dem Reichsinnenminister auf telegraphischem Wege angeleitet worden ist. Darin heißt es, daß die Gauleitung der NSDAP mit den Vorfällen nicht das geringste an tun habe und sie auf stärkste verurteilt, weil es ihr völlig fernliege, mit solchen verwerflichen Mitteln um eine Position zu kämpfen, die ihr durch den Wahlgang schon auf legitimen Wege zugefallen sei.

Der „Volkswacht“ Eugenbergs bezeichnet diese Erklärung als „erkennlich klare Stellungnahme“, der freilich die Tatsache gegenüberstehe, daß es sich, was im Laufe der Vernehmung mehr und mehr zutage trete, offenbar bei den Tätern um politische „Wastler“ und „Lumpen“ handele, die dem nationalsozialistischen Heldenkreis angehörten, wenn sie auch mit der Partei selbst hinsichtlich der Tat in keiner Verbindung gestanden hätten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt, es verdiene größte Beachtung, daß die Ereignisse in Königsberg allem Anschein nach von Angehörigen der Rechten ausgeführt worden seien. Gerade weil Hitler und seine Partei bisher auch in schwierigen Fällen, wie z. B. anlässlich des St.-Verbores, Disziplin bewahrt hätten, müsse gefordert werden, daß die zuständigen Organe der Partei in Königsberg diesen Vorfällen unverzüglich ernste Aufmerksamkeit zuwenden und gegebenenfalls die Schuldigen einer exemplarischen Bestrafung zuföhren. Die Kommunisten trügen ein gerichtetes Maß von Schuld daran, daß diese lächerlichen Zustände überhaupt bei und möglich geworden seien. Diese Feststellung könne aber für ihre politischen Gegner kein Freibrief sein, um ihrerseits einen individuellen Terror auszuüben.

rechterhaltung der Ruhe und Ordnung erlassen worden.

Angelampt wurden bisher 40 Personen festgenommen. Bei der Vernehmung durchgeführten Untersuchungen und der Vernehmung der Festgenommenen haben sämtliche ihre Angaben hinsichtlich der Verbrechen, so daß die Nachforschungen nach ihrer politischen Zugehörigkeit, wie die Polizei mitteilt, „bisher ergebnislos“ geblieben sind. Die weitere Untersuchung ist in die Hände der Staatsanwaltschaft gelegt.

Im übrigen wird von den amtlichen zuständigen Stellen berichtet, daß alles geschehen werde, um die Hintergründe der Terrorakte aufzuklären, wenn der Verdacht sich beläugeln sollte, daß bestimmte politische Gruppen an ihnen beteiligt sind. Bei der Brandstiftung in den Tankstellen sind E. H. Zentz in Union form festgenommen worden. Ein junger E. H. Mann hat einen E. H.-Führer beschuldigt, am 2. August in einem E. H.-Führer aufgefordert zu haben. Diese Aussage wird von der nationalsozialistischen Ortsgruppenleitung entschieden bestritten und bestritten, es handele sich bei dem E. H.-Angehörigen um eine unzuverlässige Persönlichkeit. Konkrete Angaben sind jedenfalls bis jetzt noch nicht zutage gefördert worden. Es wird also Aufgabe der Staatsanwaltschaft sein, den Tatbestand zu klären. Besondere Maßnahmen, wie etwa die Verhaftung des Wohnortzustandes oder die Einsetzung von Sondergerichten, sind von den Regierungstellen nicht beabsichtigt.

### Politische Anschläge in Marienburg

Marienburg, 2. August. (Durch Funkgespräch)

Auf die Wohnungen der Polizeikommissare Heibel, des Stadtbaurats Wollenhauer und des Stadtschultheißen Zimmermanns wurden heute nacht zwischen 12 und 1 Uhr Revolveranschläge verübt. Heibel ist Vorsteher des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Glücklicherweise wurde jedoch niemand verletzt. Außerdem wurden Blechfenster, die mit Gipskitt und Eisenstäben gesichert waren, in diese Wohnungen geschleudert. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

### Anschläge auch in Schlesien

Telegramm unseres Korrespondenten

St. Breslau, 2. August  
Heute früh wurde auf das Volkshaus in Piesnitz ein Handgranatenschlag verübt. Nach einer Notizradfaher heraus, die in schneller Fahrt vorüberfuhr, wurde gegen das Gebäude eine Handgranate geworfen, bei deren Explosion sämtliche Fensterscheiben zertrümmert wurden. Weiter ist in der vergangenen Nacht auf den abgelegenen sozialdemokratischen Landrat von Goldberg ein Attentat verübt worden. Man gab durch die Fenster seiner Wohnung vier Pistolenschüsse ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten.

### Festnahme wegen politischer Ausschreitungen

Wien, 2. August. (Durch Funkgespräch)

Die Polizei teilt mit: Gestern abend wurde ein Kraftwagen mit fünfzehn Nationalsozialisten auf der Kagener Straße festgehalten, deren Insassen nach Darstellung der Polizeiverwaltung in Quadratschwere Ausschreitungen unter Anwendung von Gewalt verhaftet wurden. Bei der Durchsuchung wurden sechs geladene Pistolen, ein Revolver, eine Schreckgaspistole und ein seltene Messer vorgefunden. Die Täter wurden festgenommen.

### Städtewunschtelogramm an Regierungspräsidenten

B. Berlin, 2. August. (Durch Funkgespräch)

Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichspräsidenten für Preußen, Dr. Brach, hat an den Regierungspräsidenten a. B. Dr. v. Bahrfeldt in Königsberg das folgende Telegramm gerichtet: „Beglückwünsche Sie zum Wähltag und wünsche Ihnen ein glückliches Gelingen.“

(Weitere Meldungen siehe Seite 4)